



Pressemitteilung

NRW – Koalitionsvertrag stimmt „HäfenNRW“ optimistisch

Berlin, 16.06.2017 (BÖB) – Die Häfen in NRW begrüßen den heute veröffentlichten Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung.

Die „HäfenNRW“ als Arbeitsgemeinschaft im Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen sehen mit den Festlegungen des Koalitionsvertrages wesentliche Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Häfen erfüllt.

Dr. Arndt Glowacki, Vorsitzender der „HäfenNRW“, stellt zwei wesentliche Weichenstellungen in den Mittelpunkt: „Mit der Abschaffung der von uns immer wieder kritisierten und völlig unnötigen Zweiteilung in landes- und regionalbedeutsamen Häfen, haben wir nun wieder den Eindruck, dass alle Häfen mit ihren nachvollziehbaren Anforderungen von der Landesregierung unterstützt werden.“ Die Zweiteilung der Häfen ist im Landesentwicklungsplan (LEP) festgelegt und soll nunmehr korrigiert werden. Glowacki weiter: „Die Zusicherung der neuen Landesregierung, ein Landeshafengesetz als wesentlichen Baustein zur Umsetzung des Hafenenwicklungskonzeptes NRW zügig anzugehen, zeigt uns wie ernst es den Koalitionären mit der Förderung der Binnenhäfen ist. Wir werden die Landesregierung mit unserer Expertise und unserer Erfahrung dabei voll unterstützen.“

Auch die forcierte Verbesserung der Straßensituation in NRW ist für die Häfen entscheidend. Nur so kann die notwendige Entlastung per Bahn und Schiff durch die Häfen realisiert werden.

Ihr Ansprechpartner für Rückfragen:

Melanie Wollert

Öffentlichkeitsarbeit

Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V. (BÖB)

Leipziger Platz 8, 10117 Berlin

Tel.: 030 39884362

Fax: 030 39840080

Mail: presse-boeb@binnenhafen.de

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V.

Die Sicherung einer nachhaltigen Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Güterverkehr und Logistik gewährleisten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Wohlstand der Menschen. Die Zukunft des Standorts Deutschland und die Umweltbilanz des Verkehrs werden maßgeblich beeinflusst durch den intelligenten Verbund der Verkehrsträger Wasserstraße, Schiene und Straße. Wesentliche Schnittstellen zwischen diesen Verkehrsträgern sind die Binnenhäfen. Binnenhäfen entwickeln und betreiben leistungsfähige Verkehrs- und Logistikinfrastruktur. Sie sind ideale Standorte für Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Das Angebot der Häfen reicht von der Bereitstellung hochwertiger Flächen und Immobilien über den Betrieb von Umschlaganlagen bis zur Organisation effizienter Logistikketten. Über 100 Häfen in Deutschland bilden das Rückgrat des Bundesverbandes Öffentlicher Binnenhäfen (BÖB) mit Sitz in Berlin. Der BÖB ist Mitglied im Europäischen Verband der Binnenhäfen (EVB). Vor Ort ist der BÖB mit regionalen Arbeitsgemeinschaften in allen wichtigen deutschen Wirtschaftsräumen vertreten. Spezielle Fachthemen werden

in überregionalen Ausschüssen behandelt. Der BÖB ist kompetenter Ansprechpartner für die Politik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene und kooperiert mit bedeutenden Wirtschaftsverbänden. Er bringt auf diesem Weg die Belange seiner Mitgliedsunternehmen in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Der BÖB erfüllt Aufgaben und verfolgt Ziele in folgenden Bereichen: Politik, Öffentlichkeit, Institutionen, Mitgliedsunternehmen

Die Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt

Die Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt (PG BiSchi) hat sich im Mai 1996 gegründet. Seitdem hat sie sich in jeder Wahlperiode neu mit dem Ziel konstituiert, der Binnenschifffahrt mehr Gehör im parlamentarischen Raum zu verschaffen. Jede im Bundestag vertretene Fraktion hat eine Sprecherin oder einen Sprecher in die PG BiSchi entsandt. Eine einheitliche Position gibt daher jedem Thema deutlich mehr Gewicht, als wenn sich einzelne Abgeordnete für etwas einsetzen. In dieser Wahlperiode sind 85 Abgeordnete des Deutschen Bundestags Mitglied in der PG BiSchi.

Die obersten Ziele sind die Förderung der Binnenschifffahrt und der Binnenhäfen, damit mehr Gütern von der Straße auf die Wasserstraße verlagert werden. In dieser Wahlperiode hat sich die Parlamentarische Gruppe intensiv mit verschiedenen Themen, wie den immer drängenderen Problemen an unserer wasserbaulichen Infrastruktur oder die Reform der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes beschäftigt. Diese Themen haben die PG BiSchi bereits über mehrere Wahlperioden begleitet. Andere Fragestellungen, etwa zum Bundesverkehrswegeplan 2030, zu Schiffsemissionen, zur nicht zufriedenstellenden Situation bei der Schiffszulassungsstelle ZSUK, zur weißen und bunten Flotte, oder der Novellierung der Bundesgebühren im Bereich der Binnenschifffahrt, wurden in den letzten drei Jahren immer präsenter.